# Kommunalwahl Niedersachsen 2021

## Fragen an die Parteien sowie die Bürgermeister-Kandidat:innen zur Gemeinwohl-Ökonomie

### Nachhaltiges Wirtschaften und die Gemeinwohl-Ökonomie

Nachhaltiges Wirtschaften und unternehmerische Gesellschaftsverantwortung (Corporate Social Responsability, CSR) gewinnen in der öffentlichen Debatte zum Handeln von Unternehmen eine immer größere Bedeutung. Die Kritik wächst, dass Unternehmen zu stark auf eine kurzfristige Gewinnerzielung ausgerichtet sind und dabei gesellschaftliche Werte missachten und einer nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft entgegenwirken.

Viele Staatsverfassungen weltweit beschreiben das Ziel des Wirtschaftens als Förderung des Gemeinwohls. „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen." (Grundgesetz, Art. 14) „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl …" (Art. 151, Verfassung des Freistaates Bayern)

Um unternehmerisches Handeln wieder mehr in Einklang mit gesellschaftlichen Werten und Nachhaltigkeitsvorstellungen zu bringen, wird u. a. nach neuen Formen der Berichterstattung gesucht, in denen nicht nur die finanzielle Seite unternehmerischen Handelns dargestellt, sondern auch transparent der Beitrag eines Unternehmens zu der sozialen und nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft aufgezeigt wird.

Die **Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ)** möchte Unternehmen dazu bewegen, in Zukunft einen größeren Beitrag zu dem Wohl aller Menschen zu leisten, was die GWÖ als Gemeinwohl bezeichnet. Dafür soll der Beitrag eines Unternehmens zum Gemeinwohl mithilfe der sogenannten **Gemeinwohl-Bilanz** öffentlich transparent gemacht werden. Die GWÖ-Bilanz unterscheidet sich von anderen CSR-Instrumenten dadurch, dass sie messbar und vergleichbar ist. Ziel ist, dass sie in Zukunft rechtsverbindlich wird sowie zu unterschiedlicher rechtlicher Behandlung der Unternehmen führt (z. B. durch Zahlung geringer Steuern, wenn eine Firma bilanziert ist). Sie ist zudem eingebettet in ein alternatives wirtschaftspolitisches Modell. (mehr dazu Christian Felber, „Gemeinwohl-Ökonomie", Piper, 4. Auflage, 2019)

Die bürgerschaftliche Bewegung der GWÖ entstand 2010 in Österreich und breitet sich seitdem über Deutschland, die Schweiz, Italien und Spanien bis in die Benelux-Staaten, nach Großbritannien, Skandinavien und in osteuropäische Länder aus. Mittlerweile ist sie bereits in den USA, Lateinamerika und in Afrika angekommen. Heute unterstützen mehr als 2000 Unternehmen aus 50 Staaten die Bewegung. Darunter so unterschiedliche Unternehmen wie die Sparda-Bank München, der Outdoor-Ausrüster VAUDE, der Autozulieferer elobau, der Waldviertler Kräutertee-Hersteller Sonnentor oder die Lebenshilfe Herzogsägmühle in Oberbayern. Stuttgart hat zwei

Kommunalbetriebe bilanziert, Mannheim folgte 2019 mit vier. Großes Interesse herrscht auch an Schulen, Hochschulen und Universitäten.

Auch die ersten Regionen fördern das neue Modell. Z. B. hat Baden-Württemberg die GWÖ im Regierungsprogramm und im Kreis Höxter haben verschiedene Kommunen und Unternehmen den Prozess der GWÖ-Bilanzierung durchlaufen. Den bisher größten politischen Erfolg feierte die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung auf EU-Ebene. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss nahm eine Initiativstellungnahme zur Gemeinwohl-Ökonomie mit 86 Prozent der Stimmen an und empfiehlt ihren Einbau in den Rechtsrahmen der EU.

## Kommunen und die Gemeinwohl-Ökonomie

Im September 2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) verabschiedet. Und obwohl sich die SDGs primär an die nationalen Regierungen richten, sind doch alle Ziele und ein Großteil der Unterziele auch für die regionale und lokale Ebene relevant. Dies wird nicht zuletzt dadurch deutlich, dass immer mehr Kommunen ihre Nachhaltigkeitsstrategien an den SDGs ausrichten. (*SDGs und kommunale Gemeinwohl-Bilanz, Wie die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung [Sustainable Development Goals, SDGs] der Vereinten Nationen mit der Gemeinwohl-Bilanz von Städten, Kreisen und Gemeinden verknüpft werden können, Bertelsmann-Stiftung, 2021*)

Als Träger:innen der kommunalen Selbstverwaltung sind die Gemeinden per se dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie müssen Belange von Mensch, Umwelt, Natur, Politik und Wirtschaft berücksichtigen. Dabei sind sie mit ihrer Verwaltung und ihren Eigenbetrieben einerseits selbst wirtschaftliche Akteur:innen. Andererseits wirken sie an der Ausgestaltung von Regeln und Gesetzen für das Gemeinwesen mit. Eine wachsende Zahl an Städten, Kreisen und Gemeinden orientiert sich deshalb an den Eckpunkten der Gemeinwohl-Ökonomie und erstellt oder unterstützt entsprechende Gemeinwohl-Bilanzen. *(Bertelsmann-Stiftung, 2021)*

Auf lokaler Ebene stellt sich also die Frage, welcher Beitrag konkret zu einer nachhaltigen Entwicklung geleistet werden kann. „Nachhaltigkeit ist heute ein zentraler Bestandteil von Unternehmensstrategien und damit auch ein wichtiges Handlungsfeld der Wirtschaftsförderung." (*WFO, www.wfo.de/projekte-netzwerke/nachhaltigkeit-regionalitaet*) Doch wie kann dies umgesetzt werden?

Die Gemeinde kann als Vorbild für Unternehmen, Vereine und sonstige Institutionen fungieren, indem sie sich zu den Werten der GWÖ bekennt und die eigene Verwaltung und/oder die wirtschaftlichen Betriebe im Gemeindebesitz bzw. mit Gemeindebeteiligung (z. B. Stadtwerke) nach der GWÖ bilanziert. Damit dokumentiert die Gemeinde, dass sie den Erfolg ihres Verwaltungshandelns nicht primär an finanziellen, sondern ebenso an sozialen und ökologischen Kennziffern misst. Sie übernimmt eine Vorreiterrolle für alle übrigen, vor allem privatwirtschaftlichen, Betriebe vor Ort.

Neben vielen anderen Kommunen und Gemeinden hat die regierende Stadtkoalition in Münster sich in ihrem Koalitionsvertrag für die Jahre 2021 bis 2025 zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie verpflichtet und eine Reihe von Einzelmaßnahmen vereinbart.

Auch im Osnabrücker Land gibt es erste Erfahrungen mit dem Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie. Engagierte Bürger:innen haben sich in der Gemeinwohl-Ökonomie Regionalgruppe Osnabrücker Land zusammengeschlossen und leisten Informations- und Bildungsarbeit zu diesem zukunftsfähigen Konzept.
(*web.ecogood.org/de/osnabruecker_land*)

## Zur Kommunalwahl 2021 fragen wir die Parteien sowie die Bürgermeister-Kandidat:innen

1.) Inwieweit stimmen Sie der Forderung nach einer Gemeinwohl-Orientierung aller wirtschaftlichen Aktivitäten zu?

2.) Inwieweit unterstützen Sie die Idee, in Ihrer Gemeinde eine zentrale Anlaufstelle für Gemeinwohlökonomie zu schaffen, damit die lokale Wirtschaft stärker dem Wohl aller Menschen dient? Diese soll Konzepte für Gemeinwohl und Kreislaufwirtschaft erarbeiten und diese gemeinsam mit privaten Unternehmen in der Breite umsetzen.

3.) Was halten Sie von der Idee, ein Förderprogramm mit dem Ziel aufzulegen, dass Unternehmen mit Sitz in Ihrer Gemeinde eine Gemeinwohlbilanz erstellen und dass perspektivisch auch kommunale Zuwendungen daran ausgerichtet werden, dass Unternehmen eine Gemeinwohl-Bilanz vorlegen? Inwieweit würden Sie diese Idee unterstützen? Haben Sie konkrete Umsetzungsvorschläge?

4.) Bitte positionieren Sie sich zu der Idee, dass Ihre Gemeinde selbst mit gutem Beispiel vorangeht und alle Unternehmen der Gemeinde (z. B. die Stadt- bzw. Wasserwerke) ab dem Geschäftsjahr 2023 eine Gemeinwohl-Bilanz durch ein unabhängiges Auditoring erstellen lassen. Kennen Sie kommunale Beispiele?

5.) Inwieweit unterstützen Sie die Forderung, dass eine Gemeinwohl-Bilanzierung Voraussetzung für die Ansiedlung neuer Unternehmen in Ihrer Gemeinde wird?

6.) Inwieweit unterstützen Sie die Idee, dass die Vergabe von Gewerbeimmobilien und -grundstücken sich zukünftig in steigendem Maße an Gemeinwohlkriterien ausrichten soll?

**Kontakt:**

Michael Bünte
GWÖ-Regionalgruppe Osnabrücker Land

T (01 78) 7 30 16 43
E osnabrueckerland@ecogood.org
I web.ecogood.org/de/osnabruecker_land/